Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

März 2017 **Informationsbrief** **1/2017**

Seite

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
Pfarrerin oder Pfarrer in der Gemeinde zu sein ist schwieriger geworden. Das hat vielerlei Gründe. Da ist die Ausbildung an der Universität, die eher den Zweifel als den Glauben fördert. „Die angewandte Bibelhermeneutik lässt jedes historische und kontextuelle Bewusstsein vermissen“ – so lautet ein Urteil über eine Bibelarbeit, in der der Verfasser einfach nur den biblischen Text zur Sprache bringen wollte. Das geht heute nicht mehr. Vermutlich hängt es damit zusammen, dass manche Theologen den Dienst in der Gemeinde scheuen. Was sollen sie am Sonntag predigen, wenn die historisch-kritische Methode vom Bibeltext nichts mehr übrig lässt? So streben viele Kollegen und Kolleginnen eine Stelle in der Sonderseelsorge, in einer landeskirchlichen Arbeitszentrale oder einer sogen. Fachstelle an. Der erste Beitrag zeigt, dass die Gemeinde nach wie vor ein einzigartiges Arbeitsfeld ist, das viel fordert, aber auch viel gibt, was ein Diener und Mitarbeiter Gottes sich erhoffen kann.
Nach wie vor gibt es Fragen an die Muslime unter uns, aber umgekehrt müssen wir auch ihnen Rede und Antwort stehen. Beten wir zu demselben Gott? Die Frage geht uns alle an. Wie üblich finden Sie in unserem Informationsbrief wichtige Informationen zu den Themen Abtreibung, Gender, Oekumene u.a.
Besonders hingewiesen sei auf den Beitrag „Vernebelte Aktivitäten und Prioritäten in Brüssel und Straßburg“ mit dem Link zu der u.E. wichtigen und unterstützenswerten Petition www.mumdadandkids.eu/de (S. 11-12).

2017 ist ein Jahr der Umbrüche mit vielen Unsicherheiten, in dem wir Gottes starkes und sicheres Geleit brauchen werden.

Gott befohlen
Ihr Pfarrer Dieter Kuller

‚Jedermanns Kehricht‘ und ‚Gottes Mitarbeiter‘

I. ‚Die unterste organisatorische Einheit‘

„Sie vertreten immerhin das Pfarramt und damit die unterste organisatorische Einheit der Landeskirche.“ Mit diesem Hinweis wurde ein Pfarrer der ELKB von seiner vorgesetzten Dienststelle ermahnt, als er sich weigerte, für das Gender-Fernstudium des Frauenwerkes Stein in seiner Gemeinde zu werben. Dahinter steht offensichtlich die Vorstellung, dass ein Gemeindepfarrer auszuführen habe, was Einrichtungen der Landeskirche bzw. der EKD anordnen. Was für seine Gemeinde gut ist, das entscheidet nicht der ‚kleine Pfarrer‘ auf der untersten Stufe, sondern das weiß man in den höheren Etagen.
Es lohnt sich einmal darüber nachzudenken, wer und was sich auf der ‚untersten Ebene‘ alles zusammenfindet. Der Apostel Paulus hat einige Erfahrungen gesammelt und sie auch festgehalten. Er schreibt im 1. Korintherbrief *„Seht doch, liebe Brüder, auf eure Berufung. Nicht viele Weise nach dem Fleisch, nicht viele Mächtige, nicht viele Angesehene sind berufen. Sondern was töricht ist vor der Welt, das hat Gott erwählt, ... und was schwach ist vor der Welt, das hat Gott erwählt ... und das Geringe vor der Welt und das Verachtete hat Gott erwählt, das, was nichts ist ...“* (1. Kor 1, 26-28). Dazu passt, was Paulus etwas später über sich und seine Mitarbeiter schreibt:

„Ich denke, Gott hat uns Apostel als die Allergeringsten hingestellt, wie zum Tode Verurteilte. Denn wir sind ein Schauspiel geworden der Welt und den Engeln und den Menschen. Wir sind Narren um Christi willen ... Wir sind geworden wie der Abschaum der Menschheit, jedermanns Kehricht bis heute" (1. Kor 4, 9 u. 10 u. 13).
Die Gemeinden mit ihren Pfarrern und Kirchenvorstehern sind also nicht nur organisatorisch die ‚unterste Einheit der Landeskirche', sondern ein Tummelplatz, wo sich die Törichten und Narren einfinden und sich der Abschaum der Menschheit sammelt. Da meint man wohl, es sei hohe Zeit und dringend erforderlich, dass die ELKB und in diesem Fall besonders die Fachstelle für Frauenarbeit endlich neue und zeitgemäße Themen aufgreifen, und so für ein positives Image der Kirche sorgen. Widerspenstige und uneinsichtige Gemeindepfarrer müssen dann schon einmal von ‚höherer Stelle' gemaßregelt und ‚auf ihre Funktion und Amtsaufgaben verwiesen' werden.

II. Biblische Bilder für die Gemeinde

Allerdings sind die o.g. negativen Aussagen des Apostels Paulus nicht alles, was über die christliche Gemeinde zu sagen ist. Es mag sein, dass sich da Schwache und Narren einfinden – trotzdem oder gerade deshalb ist die Gemeinde ***„Gottes Ackerfeld und Gottes Bau"*** (1. Kor 3, 9). Das bedeutet: Es gibt vor Gott nichts Wichtigeres und Wertvolleres als die Gemeinde. Diejenigen, die hier Dienst tun – gleichgültig ob ehren- oder hauptamtlich – nennt der Apostel „Gottes Mitarbeiter". Ihr Dienst besteht darin, Menschen zum Glauben zu führen und zu begleiten (1. Kor 3, 5).
Ein anderes Bild für die Gemeinde ist **der Leib**. Im Römerbrief schreibt Paulus: *„So sind wir viele ein Leib in Christus, aber untereinander ist einer des andern Glied, und haben verschiedene Gaben nach der Gnade, die uns gegeben ist"* (Rö 12, 5f). Diese Gaben, die jedes Gemeindeglied mitbekommen hat, sollen für die Gemeinde eingesetzt werden. Dazu gehört auch die Gabe des Urteilens (1. Kor 10, 15) und die Mahnung des Apostels: *„Prüft aber alles, und das Gute behaltet"* (1. Thess 5, 21). Noch etwas deutlicher und ausführlicher schreibt Paulus im Epheserbrief: Wir sind Glieder am Leib Christi, *„damit wir nicht mehr unmündig seien und uns von jedem Wind einer Lehre bewegen und umhertreiben lassen durch trügerisches Spiel der Menschen, mit dem sie uns arglistig verführen"* (Eph 4, 14). Das Anliegen des Apostels findet sich auch in der Kirchengemeindeordnung unter den Aufgaben des Kirchenvorstandes: „Er hat mitzuwirken, dass die rechte Lehre gewahrt wird" (§ 21,4).
Ein drittes Bild für die Gemeinde findet sich unter den ‚Ich – bin – Worten' von Jesus. Er sagt: ***„Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben.*** *Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht"* (Joh 15, 5). Es geht um das Bleiben an und in Jesus. Sieben Mal kommt das Wort in dem Abschnitt vor. Bleiben in Christus bedeutet bleiben an seinem Wort, festhalten an dem, was er gesagt, getan und gelitten hat bis hin zu seiner Kreuzigung und Auferstehung.

III. ‚Mitarbeiter Gottes'

Wer sind die Mitarbeiter Gottes, die darauf achten, dass die Gemeinde nicht durch fremde Lehre arglistig verführt wird, die dafür sorgen, dass die Getauften ‚in Christus' bleiben? Es sind die Gemeindepfarrer, also die, die vor Ort sind, dort wo *„die Gemeinde sich versammelt zur Verkündigung, zum Taufen, zur Mahlgemeinschaft, zum Fest und zum Gespräch. Sie treten aus dem Volk Gottes vor das Volk Gottes und handeln im Namen Gottes"* (Jürgen Moltmann, Kirche in der Kraft des Geistes, S. 330).

Wie kommen sie dazu, woher haben sie die Vollmacht, mit ihrer Predigt vor die Gemeinde zu treten und im Namen Gottes zu handeln? Im Augsburger Bekenntnis von 1530, dem immer noch gültigen, grundlegenden Bekenntnis der evangelischen Kirche, heißt es im Artikel 14: *„Vom kirchlichen Amt wird gelehrt, dass niemand in der Kirche öffentlich lehren oder predigen oder die Sakramente reichen soll ohne ordnungsgemäße Berufung“* (EG S. 1569). Die ordnungsgemäße Berufung erfolgt in der Ordination; durch Gebet und Handauflegung werden Christen im Gottesdienst der Gemeinde gesegnet und zum Hirten- und Predigtdienst (Eph 4, 11) berufen (s. Agende IV, S. 21). Paulus gibt im 2. Korintherbrief die für alle Zeiten gültige Definition dessen, was Aufgabe und Inhalt des ordinierten Amtes in der Kirche ist: *„So sind wir nun Botschafter an Christi Statt, denn Gott ermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi Statt: Lasst euch versöhnen mit Gott“* (2. Kor 5, 20).

Mit der Ordination übernimmt der/die Ordinierte die Verantwortung dafür, dass er/sie diese Botschaft unverfälscht weitergibt. Es ist ein Wunder, dass Gott gesprochen hat und wir sein Wort verstehen können, es ist ein Wunder, dass sein Wort an uns kein Gerichtswort, sondern ein Wort der Versöhnung ist, und es ist ein Wunder, dass dieses Versöhnungswort immer noch gilt, trotz allem, was Menschen sich gegenseitig und Gott antun. Um dieses dreifache Wunder immer wieder zur Sprache zu bringen werden Menschen zu Dienern der Kirche Jesu Christi ordiniert. Richtschnur ihres Redens und Handelns ist allein die Heilige Schrift. Von daher haben sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Gemeinde vor falscher Lehre zu warnen und zu schützen (2. Tim 4, 1-5). Als Gottes Mitarbeiter, als Botschafter an Christi Statt machen sie die Erfahrung, dass die Predigt des Evangeliums Kritik hervorruft, auch Widerstand, Spott und Verleumdung, bis hin zur Feindschaft. Martin Luther sagt von der Anfechtung: *„Sie ist der Prüfstein, sie lehrt dich nicht allein wissen und verstehen, sondern auch erfahren, wie recht, wie wahrhaftig, wie süß, wie lieblich, wie mächtig, wie tröstlich Gottes Wort sei“* (WA 50, 660). In jedem Fall gilt, was Paulus schreibt: *„Wir wissen aber, dass denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen, denen, die nach seinem Ratschluss berufen sind“* (Rö 8, 28). D.K.

Beten Christen, Juden und Muslime zu demselben Gott?

Davon ist gemäß einer idea-Meldung der Bischof der Evang. Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, überzeugt. Aber sie täten es auf verschiedene Weise, sagte er vor der Synode, die vom 21. bis 24.11.2016 in Hofgeismar tagte. Der Glaube an einen gemeinsamen Gott und an dessen Barmherzigkeit mache es möglich, gemeinsam zu beten und handeln. Hein stellte seinen Bericht unter das Thema „Barmherziger Gott“.

Religion polarisiert und wird zum Politikum

Nach seinen Worten polarisiert Religion heute immer mehr und werde zu einem Politikum. „Wird sie von den einen als Wurzel allen gegenwärtigen Übels angesehen, ist sie für die anderen eine Möglichkeit zur Befriedung der Welt. Die einen sehen ein hohes Aggressionspotenzial in den Religionen, die anderen betonen den Impuls zur Versöhnung und zum Frieden.“ Während das Verhältnis zum Islam kritisch diskutiert werde, formiere sich zugleich ein Antisemitismus. In einer bisher nicht gekannten Schamlosigkeit und Ignoranz greife er alte Vorurteile auf. Hinzu komme ein immer stärkerer Säkularismus, der die Religion aus politischen und gesellschaftlichen Fragen

ausklammern wolle. Angesichts dieser Entwicklungen müssten Christentum, Judentum und der Islam zueinander finden: „Nur in einer freiheitlichen Gesellschaft kann es zu einem friedlichen und friedensfördernden Miteinander der Religionen kommen.“

Für multireligiöse Feiern: Gemeinsam Gott loben

Hein zufolge sind Islam und Christentum „Geschwister, die sich näher sind, als ihnen oft bewusst und auch lieb ist“. Die Frage nach dem gemeinsamen Gebet stelle sich in Schulen wie auch bei öffentlichen Anlässen. Hein sprach sich für multireligiöse Feiern aus: „So kann das nacheinander stattfindende Gebet um Trost, Vergebung, Versöhnung und Frieden neben dem Lob des Schöpfers eine Praxis sein, gemeinsam Gott zu feiern und ihn so auch zu bezeugen.“

Soweit die idea-Meldung, die Anlass ist, zu hinterfragen, ob Christen, Juden und Muslime wirklich zu demselben Gott beten - eine Meinung, die hauptsächlich mit dem Monotheismus dieser drei Religionen begründet wird und damit, dass sich alle drei auf Abraham als Stammvater des Glaubens berufen (sog. abrahamitische Religionen).
Diese Begründung kann zwar als Aufhänger für Gespräche zwischen diesen Religionen dienen - mehr aber nicht, denn es gibt fundamentale Unterschiede:

1. Der Heilsweg der Juden und Christen führt über Isaak, den Sohn Abrahams mit seiner Ehefrau Sara (Gen 22,16-18) und dessen Nachkommen u.a. Jakob, David und Jesus, *der dem Fleisch nach geboren ist als Nachkomme Davids* (Rö 1,3; Gal 3,16).
2. Muslime bezeichnen sich als „Söhne Ismaels“, des ersten Sohnes Abrahams mit Hagar – Sara’s ägyptischer Magd. Ismael wurde zusammen mit seiner Mutter auf Betreiben Sara’s von Abraham verstoßenen und in die Wüste geschickt – ist von Gott jedoch bewahrt worden (Gen 21,10-21).

Das allein beantwortet noch nicht die Frage, ob wir zu demselben Gott beten, aber

3. weder Juden, noch Muslime glauben, dass Gott bzw. Allah der Vater des im Alten Testament (AT) verheißenen Messias Jesus Christus ist:
   - Die meisten Juden warten noch auf den Messias. Aktuell wird versucht, das Verhältnis zu den Juden dadurch zu verbessern, dass diese dennoch nicht auf Christus hin missioniert werden sollen – weil sie bereits das von Gott erwählte Volk seien (⇨ ein zweiter Heilsweg?). Die uns theologisch näherstehenden messianischen (an Christus glaubende) Juden werden hingegen amtskirchen-offiziell missachtet und nicht einmal zu den sonst kirchen- und gesellschaftspolitisch sehr breit gefächerten evang. Kirchentagen zugelassen.
   - Die Muslime glauben, dass Mohammed der letzte Prophet in der Geschichte der Menschheit ist, und dass ihm der Koran als Wort Gottes wortwörtlich, unveränderlich offenbart worden ist. Der Koran widerspricht dem Neuen Testament in entscheidenden Punkten (s.u.).
4. Gegenüber den Muslimen werden in der (gut-gemeinten!) Absicht, Brücken zu bauen, folgende gravierenden Unterschiede der Gottesbilder im Neuen Testament und im Koran nicht thematisiert:
   - Der christliche dreieinige Gott (Trinität) wird von den Muslimen als Vielgötterei verkannt und als Blasphemie verurteilt (Suren 29,25; 48,6). Maria wird als die Mutter Jesu anstelle des Heiligen Geistes in die heilige Dreifaltigkeit hineingedeutet (z.B. Suren 3,151; 4,48; 23,91).

- Der Islam leugnet die Gottessohnschaft Christi (Suren 4,157f; 112,1-4 u.v.a.). Allah hat keinen Sohn, und so können wir ihn nicht als denselben Gott bekennen und anbeten, dessen Sohn Jesus Christus entscheidend für unser Heil ist.
- Gemäß dem Koran wurde der dort als bedeutender Prophet bezeichnete Jesus (z.B. Sure 3,35ff) *nicht getötet* (Sure 3,40ff), *nicht gekreuzigt* (Sure 4,157), *und er ist nicht auferstanden, sondern eines natürlichen Todes gestorben* (Sure 3,55).

Da wir Christen aber an Gott als Trinität in Wesenseinheit mit Christus und dem Heiligen Geist glauben, sowie Christi Tod am Kreuz und seine leibliche Auferstehung als heilsentscheidend bekennen, sind dies fundamentale Unterschiede zu Allah, wie dieser von den Muslimen bekannt und angebetet wird.

Es gibt weitere wichtige Unterschiede:

- Für Christen ist Gott der himmlische Vater, mit dem wir wie mit einem Freund reden können. Jesus hat dies mit Beispielen vom bittenden Freund (Lk 11,5ff) und dem Gebet im Kämmerlein (Mt 6,6) veranschaulicht. Der christliche Gott ist selbstlose Liebe ohne jede Bedingung.
  Allah dagegen ist unnahbar. Menschen werden als Sklaven Allahs bezeichnet (Sure 50,8). Es wäre Lästerung, Allah als Vater anzusprechen. Die Liebe Allahs ist an die Bedingung geknüpft, dass der Moslem Allah liebt und gehorcht; sie ist also nicht selbstlos.
- Sowohl Gott wie auch Allah werden Barmherzigkeit zugeschrieben, doch ist diese substantiell unterschiedlich:
  Der Gott der Bibel ist berechenbar, er ist treu, er steht zu seinem Wort und zu seinen - gefallenen - Geschöpfen. Als gerechtfertigte Sünder dürfen wir das ewige Leben in Gemeinschaft mit Gott erwarten (Offb 21,3).
  Bei Allah bedeutet Barmherzigkeit, dass er den Menschen aufnahmebereit macht für seine Offenbarung und Gebote. Aber bis zum Tage des Gerichts könne niemand wissen, ob er und sein Tun Allah gefallen habe. Es gibt nur ein Mittel, um sicher in das Paradies zu gelangen, das ist der Tod als Märtyrer im Kampf gegen die Ungläubigen. Das Paradies wird im Koran beschrieben als Ort irdisch-sinnlicher Freuden mit attraktiven, willigen Frauen und lustvollem Dasein, aber Gemeinschaft mit Allah dort, ist undenkbar.
- Die Umma ist - als Gemeinschaft der gläubigen Muslime - dem Koran zufolge *die beste Gemeinschaft, die je unter den Menschen hervorgebracht worden ist* (Sure 3,110 ff). Allah befiehlt deshalb den Muslimen, *der wahren Religion zum Sieg zu verhelfen über alles, was es sonst noch an Religion gibt* (Sure 48,28) und *die Ungläubigen zu töten wo ihr sie auch finden mögt* (Suren 2,191; 4,91; 9,5; 47,4). Kann, wer solches von seinen Gläubigen verlangt, derselbe Gott sein, der die an seinen Sohn Jesus Christus Glaubenden auffordert, ihre Feinde zu lieben?
- Auch der Muezzin- Ruf zum 5x täglichen Gebet: *Ich bezeuge, dass Muhammad der Gesandte Allahs ist*, entspricht nicht unserem christlichen Glauben.

Der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber trifft eine wichtige Unterscheidung und ist im Hinblick auf den Islam der Ansicht: „Ob Gott derselbe Gott ist, muss man ihm selber überlassen. Als Menschen können wir nur über das Gottesbekenntnis

urteilen. Wir haben als Christen keinen Grund zu sagen, wir würden uns zum gleichen Gott wie die Muslime bekennen."

Dass die drei Religionen in den Gottesvorstellungen Gleichartiges aufweisen, ist als Begründung dafür, dass die Gläubigen zu demselben Gott beten, grob irreführend.

Im Fußball, Handball und Rasenhockey gibt es auch Gleichartiges: in diesen Sportarten soll ein Ball in das gegnerische Tor befördert werden und es wird nach ähnlichen Regeln gespielt (z.B. Spielfeld, Mannschaftsstärke, Torwart, Abseits- und Foulregeln). Dennoch käme niemand auf den Gedanken, dass die drei Mannschaften den gleichen Kapitän hätten.

Haben Bischof Hein und ähnlich Denkende mal Muslime gefragt, ob auch diese der Meinung sind, dass wir alle denselben Gott bekennen, und ob auch sie zum Vater von Jesus Christus beten?

Wieder zeigt sich, dass gesellschaftspolitische Mainstream-Argumente sogar von Spitzenbeamten unserer Kirche wichtiger erachtet werden, als Bibelaussagen. vB

(idea) **Führt zu viel Sozialstaat zu weniger Nächstenliebe?**

Gerhard Besier

Neulich besuchten wir Freunde in Spanien. Sie hatten kein Gästezimmer mehr, denn sie mussten zusammenrücken; Tochter und Schwiegersohn leben nun bei ihnen. Die junge Frau ist schwanger und in Ausbildung, auch ihr Mann verdient noch kein Geld. Im Gespräch wollten die Freunde kaum glauben, dass bei uns in solchen Fällen der Sozialstaat einspringt und für das Nötigste – Wohnung und Lebensunterhalt – sorgt.

„Vater Staat" wird es schon richten

Um nicht missverstanden zu werden – niemand will den Sozialstaat missen. Wir halten ihn zu Recht für eine große Errungenschaft und sind sogar ein bisschen stolz auf diese Rundumfürsorge. Dennoch – die hilfreiche Begleitung in schwierigen Lebenslagen hat auch eine dunkle Seite: Sie kann Menschen eher passiv machen und das Wissen um Eigenverantwortung lahmlegen. Wenn etwas schiefläuft im Leben, dann ist sofort der Gedanke da, dass „Vater Staat" es schon richten wird. Eigene Anstrengungen und die Übernahme von Verantwortung scheinen nicht mehr vonnöten. Auch das Durchstehen von Härtesituationen – nicht selten selbst herbeigeführt – ist unüblich geworden.

Service-Station für Lebenskrisen

Viele junge Paare, die sich nicht mehr verstehen, streiten erbittert darum, wer für die Kinder aus der ehemals glücklichen Beziehung sorgen soll, bei wem der Nachwuchs nun wohnen wird und wer was zahlt. Von Liebe keine Spur mehr. Die Eltern sind auch gar nicht gezwungen, sich zusammenzusetzen und im Kompromissverfahren nach Lösungen zu suchen. Denn der Weg zum Familiengericht entlastet sie von dieser Mühsal. Sie beantragen einfach Prozesskostenhilfe und erwarten vom Gericht, dass es ihre Probleme schon lösen wird. Entzieht sich der Vater durch allerlei Tricks den fälligen Unterhaltszahlungen, springt der Sozialstaat wieder ein. Das Gericht fungiert als eine Art Service-Station zur Bewältigung von Lebenskrisen.

Wir wurden darauf trainiert, nur an uns zu denken

…vor allem an uns selbst und an die Optimierung unseres eigenen Lebens. Was früher wie selbstverständlich zu einem christlichen Leben gehörte – der generationsübergreifende Familienverband – passt nicht mehr in dieses Konzept. Stattdessen werden immer häufiger Single-Wohnungen gebaut, die dem Lebensstil vieler Menschen besser entsprechen.

Treten die staatlichen Sozialakteure mit der Erwartung an die Angehörigen heran, sie möchten ihren Beitrag leisten, treffen sie häufig auf Unverständnis und Empörung. Zahlen sie denn nicht genug Steuern? Warum kümmert sich denn nur keiner?

Sozialstaatliche Fürsorge lässt traditionelle Werte verkümmern

Geht es nur darum, letzte Lücken im System zu schließen oder sollten wir vielleicht besser umdenken? Verantwortung für sein eigenes Leben und das seiner Angehörigen zu übernehmen, gehört zu den zentralen Anliegen einer christlichen Familienethik. Die immer weitere Ausuferung der sozialstaatlichen Fürsorge lässt diese traditionellen Werte verkümmern und fördert eine bloße Mitnahmehaltung. Wo kann ich mir noch welche finanziellen Vergünstigungen ergattern?

Das hat mit christlicher Arbeitsethik nicht zu tun

Als ich nach einer neuen Sekretärin suchte, im öffentlichen Dienst eine eher schlecht bezahlte Anstellung, meldeten sich überraschend viele Bewerber. Aber die meisten gaben mir im Vorstellungsgespräch zu verstehen, dass sie die Stelle gar nicht wollten. Sie mussten sich nur bewerben, um die Bestätigung zu erhalten, dass sie sich um eine Anstellung bemüht hatten. Das war gegenüber der Arbeitsagentur nötig, damit sie ihre staatlichen Unterhaltszahlungen weiter erhielten.

Mit der traditionellen christlichen Arbeitsethik und der Übernahme von Verantwortung für das eigene Leben hat diese illegitime Vorteilnahme nichts zu tun.

Eine Chance für die Kirche

Für die Kirche eröffnen sich hier Felder, in Kontinuität zu christlichen Traditionen an eine Lebensführung zu erinnern, die solche Haltungen verurteilt und stattdessen – im Vertrauen auf Gottes Hilfe – die Herausforderungen des Lebens annimmt und zu bewältigen trachtet. Ein Leben ohne Mühsal – das ist und bleibt unwirklich.

(Der Autor ist habilitierter evangelischer Theologe, promovierter Historiker und Diplom-Psychologe. Er lehrt an verschiedenen europäischen Universitäten und an der Stanford-Universität in Kalifornien).

Kampf für ungeborene Kinder

(IDAF) **Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative «Einer von uns» („One Of Us")**

Jürgen Liminski (gekürzt)

Der Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative «Einer von uns » („One Of Us"), die von 2012 bis 2013 lief, ist nachhaltig im politischen Brüssel zu spüren. Das wurde bei einer Veranstaltung im EU-Parlament am 28. Sept 2016 anlässlich des „globalen Aktionstags für den Zugang zu sicherer und legaler Abtreibung" deutlich. Die Koalition unter dem Namen „All Of Us" hat den europaweiten Erfolg von „One Of Us" bis heute nicht verdaut. Deswegen parodiert sie auch den Namen der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative. Unter dem Leitmotiv „Für das Recht auf Abtreibung

mobilisieren“ schlossen sich einige namhafte Abtreibungsbefürworter zusammen, beispielsweise Catholics for Choice (die von der katholischen Kirche ausdrücklich nicht als Organisation anerkannt wird), die „Europäische Humanistische Föderation“ der Freimaurer, der schwul-lesbische Interessenverband ILGA-Europa, die Europäische Frauen Lobby, Marie-Stopes-International und andere. Bei dieser Veranstaltung musste „All Of Us“ einräumen, daß es nicht in der Lage ist, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, um das Grundrecht auf Gewissensfreiheit einzuschränken. Dieses Grundrecht wird jedoch das neue Argumentationsfeld sein, um ein international verbindliches Grundrecht auf Abtreibung in den allgemeinen Rechtskodex einzuschreiben.
Eine Europäische Bürgerinitiative ist eine im EU-Vertrag festgelegte offizielle Form der Bürgerbeteiligung zu Fragen der EU. Es handelt sich grob vereinfacht um ein „gemeinsames Volksbegehren für 28 Mitgliedsstaaten“. Die EU-Kommission prüft dann den Vorschlag für eine Bürgerinitiative auf Übereinstimmung mit dem EU-Recht und das Kommissars-Kollegium gibt grünes Licht. Dann beginnt die Laufzeit, um 1 Mio. Unterstützer-Unterschriften zu sammeln. Gerade deswegen ist es wichtig, die jetzt laufende Bürgerinitiative www.mumdadandkids.eu/de zu unterstützen.
Gegenstand von „One Of Us“ war der rechtliche Schutz der Würde, des Rechts auf Leben, und der Unversehrtheit jeder menschlichen Person vom Zeitpunkt der Empfängnis an und zwar in jenen Zuständigkeitsbereichen der EU, für die ein solcher Rechtsschutz von Bedeutung sein könnte. Die Würde des menschlichen Embryos muss geachtet, und seine Unversehrtheit sichergestellt werden. Dies geht aus der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Brüstle hervor (C-34/10 vom 18. Okt 2011), in der der Embryo als Mensch anerkannt wird. Die EU wurde daher aufgefordert, die Finanzierung aller Aktivitäten insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklungspolitik und öffentliche Gesundheit zu unterbinden, wenn sie die Zerstörung menschlicher Embryonen voraussetzen. Innerhalb eines Jahres wurden EU-weit 1.721.626 Unterstützer-Unterschriften für diese Forderung gesammelt. Deutschland liefert mit 137.874 Unterstützer-Unterschriften das viertbeste Ergebnis (nach Italien, Polen und Spanien).
Der Erfolg von „One Of Us“ blockiert nachhaltig die politischen Strategien der Abtreibungsbefürworter. Außerdem ist Abtreibung und „sexuelle und reproduktive Gesundheit“, welche auch Abtreibung beinhaltet, von Brüssel und den 28 Mitgliedsstaaten klar als nationalstaatliche Aufgabe definiert. Von europäischer Ebene sind mithin keine Hebelwirkungen zu erwarten.
Nach monatelangem Hin und Her, an dem der Familienbund der Katholiken in Europa (FAFCE) maßgeblich beteiligt war, urteilten die Parlamentarier: *„Kein Arzt oder Krankenhäuser, die eine Abtreibung oder Sterbehilfe ablehnen, sollen dafür zur Verantwortung gezogen werden.“* Und am 20. Sept 2016 wies der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auch den zweiten Bericht über Leihmutterschaft des transsexuellen belgischen Senators Petra de Sutter ab; stattdessen wurde vorgeschlagen, dass das Minister-Komitee des Europarats *"Europäische Richtlinien zur Wahrung von Kinderrechten in Bezug auf Leihmutterschaftsvereinbarungen"* erarbeitet. Das Thema ist deswegen noch nicht vom Tisch, aber der ursprüngliche Entschließungsantrag von

Petra de Sutter, der sich ausdrücklich für die Freigabe grenzüberschreitender Leihmutterschaft aussprach, wurde nun zweimal abgelehnt und ist damit *sine die* vertagt.
Aber es ist ein politischer Kampf, er betrifft letztlich alle und deswegen lohnt es sich, auch weiterhin die Vorgänge in Brüssel und Strasbourg genauer zu beobachten. Das gilt auch für die laufende Bürgerinitiative „Mum Dad and Kids“. Schließlich geht es hier um eine für Europa allgemeingültige Definition von Ehe und Familie und um die Mutter als Grundrechte, die Gewissensfreiheit.

(idea) **Abtreibung ist die häufigste Todesursache der Welt**
Das beklagt die Bundesvorsitzende der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), Alexandra Maria Linder, in einer Pressemitteilung. Jedes Jahr werde nach Angaben der Vereinten Nationen etwa 45 Millionen Kindern das Recht auf Leben verwehrt. Betroffen seien Kinder mit Downsyndrom, aber auch ungeborene Kinder, „die ungewollt, zum falschen Zeitpunkt oder mit dem falschen Geschlecht gezeugt wurden“. Linder: „Menschenrechte müssen für jeden Menschen gelten – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, gesundheitlichem Zustand oder Aufenthaltsort.“ Ferner werde die Meinungsfreiheit von Lebensschützern in Deutschland eingeschränkt. Wer friedlich für das Recht auf Leben von der Zeugung bis zum Tod eintrete, müsse damit rechnen, als „faschistisch“ und „frauenfeindlich“ verunglimpft sowie mit Farbbeuteln oder Kondomen beworfen zu werden. Wer im medizinischen Bereich arbeite und nicht an Abtreibungen mitwirken wolle, dem drohe Nichtanstellung oder Entlassung. ALfA tritt für ein uneingeschränktes Lebensrecht jedes Menschen ein – von der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle bis zum natürlichen Tod. Die Organisation mit Sitz in Augsburg ist mit mehr als 11.000 Mitgliedern die größte im Bundesverband Lebensrecht.

(idea) **Hunderttausendfache Abtreibungen sind nicht normal**
Kardinal Rainer Maria Woelki hat die verbreitete gesellschaftliche Akzeptanz von Abtreibungen in Deutschland in einer Predigt im Kölner Dom scharf kritisiert. Anlass war der Gedenktag „Fest der unschuldigen Kinder“ am 28. Dezember, mit dem an den Kindermord in Bethlehem erinnert wird. Jedes Jahr gebe es allein in Deutschland rund 100.000 Abtreibungen, betonte der Kölner Erzbischof: „Als Christen wehren wir uns dagegen, dass in unserem Land diese hunderttausendfache Abtreibung als die Normalität einer liberalen, humanen und aufgeklärten Gesellschaft ausgegeben wird. Was ist das für eine Liberalität, die die Freiheit auf Kosten der Schwächsten propagiert?“
Christen haben die Pflicht, sich für den Schutz des Lebens einzusetzen
Das Leben eines Menschen sei vom ersten Moment an bis zum letzten Augenblick ein heiliges Gut. Mit seinem Gebot „Du sollst nicht töten“ stelle Gott sich schützend davor: „Daher hat niemand das Recht, über menschliches Leben zu verfügen, auch nicht in den ersten zwölf Wochen.“ Weihnachten feiern Christen, dass Gott in seinem Sohn Jesus Mensch geworden sei: „Spätestens seit Weihnachten ist es daher unsere Pflicht, uns für einen umfassenden Schutz des Lebens einzusetzen, das Leben zu behüten, es zu verteidigen.“ Aber auch der Staat müsse das Lebensrecht aller Menschen schützen, seien sie jung oder alt, geboren oder ungeboren, behindert oder nicht behindert.

Gender-Ideologie

(IDAF) Vernebelte Aktivitäten und Prioritäten in Brüssel und Straßburg

Jürgen Liminski

Auch 2017 bleibt der besondere Schutz der Ehe zwischen Mann und Frau Gegenstand schwieriger politischer Verhandlungen vor allem auf internationaler Ebene. Die Vereinten Nationen wollen mit Unterstützung der EU ausdrücklich diese natürliche Form von Ehe einer Partnerschaft von schwul-lesbischer-Gender-Beliebigkeit gleichstellen. Tiefgreifende Konsequenzen wie Adoptionsrecht und Leihmutterschaft für "gleichgeschlechtliche Ehen" werden von den Entscheidungsträgern in Brüssel stillschweigend in Kauf genommen.

Keine größere internationale Gemeinschaft unterstützt so stark wie die EU die Vereinten Nationen bei der Förderung der LGBT-Community (**L**esbian, **G**ay, **B**isexual und **T**ransgender).

Mithilfe der EU haben die Vereinten Nationen vor Weihnachten einen "Unabhängigen Experten für die Rechte von LGBT-Personen" ernannt – einen, wie es in Brüssel heißt, „Zar der Homolobby". Die in New York postierten Verbindungsbeamten der Brüsseler EU-Verwaltung arbeiteten daran aktiv mit. Die Bundesregierung unterstützte die Initiative. Wird künftig auch in Deutschland die sexuelle Orientierung zu einem Kriterium für politische Prioritäten und für Posten im Diplomatischen Dienst und überhaupt in der Beamtenschaft?

Der neue "Unabhängige Experte für die LGBT-Rechte" soll nationale Widerstände gegen die Homo-Lobby aufbrechen. Sein Mandat umfasst fünf Punkte: - Legalisierung der Sodomie (ohne spezifische Altersangabe der Sexualpartner, also für alle); - Abschaffung der Diagnose von Homosexualität als Befindlichkeitsstörung durch medizinisches Fachpersonal (Ersatz faktenbasierter, medizinwissenschaftlicher Erkenntnisse durch politische Vorgaben); - standesamtliche Aberkennung des biologischen Geschlechts bei Geburt zugunsten der Anerkennung einer individuell festlegbaren "Geschlechtsidentität" in Personenstandsurkunden (beispielsweise die nachträgliche Abänderung der Geburtsurkunde und der Taufurkunde; diese weitere Etappe der LGBT-Gender-Beliebigkeit eröffnet die Möglichkeit der Leihmutterschaft, wenn eine als Mann geborene "soziale Frau" ihre biologisch begründete Zeugungsunfähigkeit zur Grundlage macht, um Leihmutterschaft zu fordern); - LGBT-Gender-Propaganda auf allen Ebenen ab dem Kindergarten. Der mit der Umsetzung dieser LGBT-Agenda in der UNO betraute Thailänder Professor Vitit Muntarbhorn kündigte bereits an: "Das Mandat gilt für jeden Staat unter der Sonne und unter dem Mond".

Man darf sich fragen, was mit den Vereinten Nationen los ist. Auf drängende Fragen von Krieg und Frieden findet die Organisation keine Lösung, immerhin gibt es nicht nur den Krieg in Syrien, sondern rund 150 bewaffnete Konflikte weltweit. Aber bei der Steuerung von sozialen Werten und Normen dreht sie zur Höchstform auf. Ebenso die EU: sie schleppt sich von Krise zu Krise, löst Versprechen nicht ein und das Prestigeprojekt Euro vernichtet Sparguthaben und verschärft die Armut – doch die EU-Kommission kämpft für die Homo-Ehe weltweit. Polen, Ungarn und Kroatien versuchen, die Unterstützung der EU für dieses gesellschaftliche Umerziehungsprogramm zu verhindern. Aber gegen Deutschland Frankreich und Grossbritannien und den

ersten Vize-Präsidenten der EU-Kommission Franz Timmermans (Sozialdemokrat), der die universelle Einführung der Homoehe zur Agenda der EU-Kommission erklärt hat, ist das auf Dauer unmöglich. Um diese ungleichen Kräfteverhältnisse zu ändern, gibt es für 2017 zwei gute Vorsätze:

1. die europäische Bürgerinitiative "Mutter, Vater, Kinder" **bis zum 3. April 2017** aktiv zu unterstützen ⇨ www.mumdadandkids.eu/de. Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg erteilte der amtlichen EU-weiten Bürgerinitiative ausdrücklich die Genehmigung und urteilte, dass sie weder homophob noch diskriminierend ist. Nur eine symbolkräftige Zahl von Unterstützern für eine Definition von Ehe als Partnerschaft zwischen Mann und Frau kann der Politisierung der EU-Kommission Einhalt gebieten. Zehn Mitgliedsstaaten haben ihre Mindestanzahl bereits erreicht. Deutschland und Österreich noch nicht. Ein Erfolg dieser Initiative würde den EU-Institutionen durch Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie politische Leitlinien vorgeben.
2. sich bei kommenden Landtags-, Bundestags- und Europawahlen an die Position der jetzigen Mandatsträger zu erinnern, um die nachweislich enge Verzahnung von LGBT-Gender-Lobby und in dieser Frage indifferenten Entscheidungsträgern aufzubrechen. Um jedoch Änderungen bei Abstimmungsverhalten oder Verhandlungspositionen einzufordern, müssen die Bürger die Positionen ihrer Mandatsträger objektiv und einfach nachprüfen können – z.B. die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen, die als Bestandteil des Protokolls der Plenarsitzungen veröffentlicht werden.
   Eine namentliche Abstimmung könnte beispielsweise auch belegen, wie sich die Abgeordneten verhalten, bei eigentlich selbstverständlichen Konsensthemen wie der Verurteilung der Verfolgung christlicher Minderheiten in Ägypten. So beantragte die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch eine Aussprache im Plenum, um das terroristische Attentat auf die koptische Minderheit in Kairo vor Weihnachten zu verurteilen. Doch Überraschung: Während der FDP-Abgeordnete Alexander von Lambsdorff ausdrücklich den Daumen hochreckte und dem Antrag namens seiner liberalen Fraktion zustimmte, enthielten sich die Christdemokraten von CDU und CSU. Der Antrag wurde angenommen, jedoch nicht mit den Stimmen der Christdemokraten. Die Verteidigung christlicher Minderheiten war hier offenbar weniger wichtig als die Fraktionszugehörigkeit der Antragstellerin.

(idea) **Heterosexuelle Mehrheitsbevölkerung nicht diskriminieren**

Eine Stärkung der traditionellen Familie hat eine Gruppe konservativer CDU-Politiker und Publizisten – der „Berliner Kreis“ – gefordert. „Die Union muss die politische Kraft an der Seite der Familien Deutschlands bleiben“, heißt es in einem im Nov 2016 veröffentlichten Papier der Gruppe um den früheren hessischen Fraktionsvorsitzenden Christian Wagner. Neben ihm haben 10 Bundestagsabgeordnete die „Familienpolitischen Forderungen“ unterzeichnet. Zur Aussage im Grundgesetz, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, heißt es: „Der Begriff Ehe meint dabei einzig und allein die Zweierverbindung von Mann und Frau.“ Diese staatliche Charakterisierung der Institution Ehe solle erhalten bleiben. Man erkenne zugleich an, dass es in der modernen Gesellschaft darüber hinaus andere Formen von Familie und

Partnerschaft gebe. Die Darstellung von Vielfalt und der im Grundsatz richtige Einsatz für Toleranz dürfe aber „nicht in eine Diskriminierung der heterosexuellen Mehrheitsbevölkerung führen".

Genderideologie und Frühsexualisierung stoppen

Der Berliner Kreis fordert ferner: „Gender-Mainstreaming muss von den Lehr- und Ausbildungsplänen verschwinden." Zum Hintergrund: Diese Theorie besagt, dass jeder Mensch unabhängig von seinem biologischen Geschlecht wählen kann, als Mann, Frau oder mit anderer Geschlechtsidentität zu leben. Hinsichtlich der Bildungspläne in den Bundesländern spricht sich der Berliner Kreis entschieden gegen eine „staatlich geförderte Frühsexualisierung von Kindern" aus. Was über Sexualität unterrichtet werde, müsse altersgerecht und in Abstimmung mit den Eltern erfolgen. „Schule darf nicht die Intimsphäre der Kinder verletzen, Elternrechte einschränken und das Empfinden der großen Mehrheit der Bevölkerung vernachlässigen", so das Papier.

Um die Familien zu stärken, wird gefordert, die Erziehungsarbeit anzurechnen. Es sei an der Zeit, die gesamte Betreuungsfinanzierung umzustellen. Der Berliner Kreis schlägt vor, Eltern einen festen Betrag als existenzielle Sicherung zur Verfügung zu stellen. Er solle sozial- und rentenversicherungspflichtig sein und sich an den tatsächlichen Kosten der Kinderbetreuung orientieren. Sollten Eltern ihr Kind in eine staatliche Kindertagesstätte geben, wären von ihnen „dann im Gegenzug auch die tatsächlichen Kosten" zu tragen. Eine Unterzeichnerin des Papiers, die Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel plädierte für einen radikalen Wechsel der Perspektive in der Familienpolitik: „Das Familienministerium ist doch bisher eigentlich ein Wirtschaftsministerium, das dafür sorgt, dass beide Eltern arbeiten gehen."

Zur Homo-Ehe

Volker Beck: *"Wenn man hofft, die Schwulen zu treuen Ehepartnern zu machen, muss und wird die schwule Beziehungsrealität den Gesetzgeber enttäuschen. (...) Offensichtlich ist für viele Paare, ihre Sexualität mit Dritten auszuleben, ein wichtiger Faktor in der Aufrechterhaltung der Partnerschaft."*

Quelle: Volker Beck: Legalisierung schwuler und lesbischer Lebensgemeinschaften, in: Demokratie und Recht, 1991, 4, S.457. Weitere Fakten zum Thema:
www.zeitgeist-aktuell.de/Homosexualitaet/Homosexualitat_-_Hintergrundwissen.pdf

(idea) **Paris: Zehntausende demonstrieren gegen Homo-Ehe**

In Paris haben Zehntausende Bürger am 16. Okt 2016 für die Abschaffung der gleichgeschlechtlichen Ehe demonstriert. Sie wurde in Frankreich vor gut drei Jahren eingeführt. Organisator der Proteste ist die Bewegung „Manif pour tous" (Demo für alle). Die Angaben über die Teilnehmerzahlen gingen weit auseinander: Laut Polizei nahmen 24.000 Personen teil, die Veranstalter sprachen von 200.000. Laut der Vorsitzenden der Bewegung, Ludovine de la Rochére, geht es um „die Rettung der traditionellen Familienstrukturen". Sie wirft Hollande vor, die traditionelle Familie zu gefährden. Der Protest richtete sich auch gegen Pläne, das noch geltende Verbot der künstlichen Befruchtung für gleichgeschlechtliche Partner aufzuheben und die in Frankreich verbotene Leihmutterschaft zu legalisieren. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Verbreitung von Gender-Theorien im Unterricht. Nach Ansicht der Protestbewegung werden dadurch „naturgegebene Geschlechterunterschiede" ignoriert.

Scharfe Kritik von Eltern und Lehrern am Hessischen Sex-Lehrplan

Hedwig von Beverfoerde

Der Protest gegen den Hessischen Sexualerziehungs-Lehrplan wird so schnell nicht versiegen. Ca. 300 Bürger waren nach Fulda zu einer Veranstaltung der CDU gekommen, um mit dem hessischen Kultusminister Alexander Lorz (CDU) über den neuen Sexuallehrplan zu diskutieren.

Lorz bemühte sich, die Wogen zu glätten, die sein im August eingesetzter Lehrplan aufgeworfen hat. Ohne Erfolg. Von den meisten Teilnehmern, darunter viele Eltern und Lehrer, erntete er vor allem Unverständnis für sein undemokratisches Vorgehen und scharfe, faktenreiche Kritik an seinem Lehrplan. So wurde u.a. gefordert, dass die einseitige Ausrichtung auf sexuelle Minderheiten in allen Altersstufen reduziert und die gestrichenen Themen Ehe und Familie sowie Liebe und Treue wieder in den Lehrplan aufgenommen werden sollten.

Lorz behauptete daraufhin, die neue Schwerpunktsetzung auf die Akzeptanz aller LSBTTIQ-Minderheiten (**L**esbisch, **S**chwul, **B**isexuell, **T**ransgender, **T**ranssexuell, **I**ntersexuell, **Q**ueer) sei rechtlichen und gesellschaftlichen Realitäten geschuldet. Er bekannte, dass er die klassische Ehe und Familie ganz bewusst herausgenommen habe. Das prangerten die Teilnehmer als absurde Verzerrung der gesellschaftlichen Realität an. Anwesende Familien äußerten ihre Empörung über die Diskriminierung ihrer Lebensform im Lehrplan.

Für besonderes Unverständnis sorgte die Diskussion um den Begriff „Akzeptanz“. Lorz hatte „Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten“ mit ministerialer Vollmacht gegen das Votum des Landeselternbeirats durchgesetzt, der sich mit Mehrheit für den passenderen Begriff „Toleranz“ ausgesprochen hatte. Nun konnte er trotz seiner juristischen Ausbildung selbst nicht präzise erklären, was damit gemeint sein soll.

Die Teilnehmer hielten dem Minister entgegen, dass es eindeutig den Tatbestand der Indoktrination erfüllen würde, wenn Akzeptanz im Sinne eines wertschätzenden Verständnisses und einer positiven Bewertung sexueller Verhaltensweisen zu vermitteln sei. Lorz versuchte, sich aus der Affäre zu ziehen, indem er eine Handreichung ankündigte, in der die Begriffe geklärt würden. Spätestens an diesem Freitag dürfte Minister Lorz klar geworden sein, dass seine Argumente nicht tragen und die Bürger nicht überzeugen. Für eine Revision des Lehrplans - auch dies ist an diesem Abend deutlich geworden – muss der Druck noch viel größer werden.

(idea)

Gott ist Gott, Gender ist Gaga

Dominik Klenk

Als Gott die Welt erschuf, hatte er Gutes im Sinn. Und so schuf er den Menschen „nach seinem Bilde, als Mann und Frau schuf er ihn“. Seit zwei Jahrzehnten müht sich der Gender-Mythos kräftig, aber erfolglos, das Urbild umzuschreiben. Bemerkenswert ist der Grundimpuls dieser Denkfigur: Der Schmerz über die Ungleichheit von Mann und Frau gebiert den Wahn der Auflösung der Geschlechter. Der „kleine Unterschied“ ist passé; Verschiedenheit ist Trumpf. Alles ist mit allem irgendwie kompatibel. Getarnt als redlicher Anspruch auf Gleichberechtigung, transportiert diese leibferne Ideologie die Auflösung der Zweigeschlechtlichkeit als U-Boot durch die Institutionen.

Gender-Mainstreaming heißt das verordnete, demokratisch nie legitimierte Programm, das nicht nur die Geschäftsordnung des Bundestages und den Bildungsplan der Länder erreicht hat, sondern längst auch die Kirchen der Reformation.

Das Treffen der Anti-Anti-Gender-Gemeinde

Am 5. Dez 2016 hatte die EKD nach Hamburg in die Hafencity zur Fachtagung „Gender Gaga?!“ eingeladen. Das ist bemerkenswert in mehrfacher Hinsicht: Zum Ersten: Die Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau ist hier als Auslaufmodell gesetzt. „Pluralisierung von Geschlecht“ heißt das Gebot der Stunde.

Zum Zweiten zeigt es, dass den Gender-Ideologen der Wind strammer im Gesicht steht, als sie es bislang gewohnt waren. Sie sind nicht mehr die Stichwortgeber. „Gender-Gaga“ ist die Wortschöpfung einer mutigen Journalistin - Birgit Kelle!

Zum Dritten kommen die realen Proportionen zum Vorschein: „Kritische Analysen der Anti-Gender-Bewegung und Gegenstrategien für die Kirche“ möchte die Tagung liefern. Hier trifft sich also die von Kirchensteuern finanzierte Anti-Anti-Gender-Gemeinde der EKD.

Schließlich geht es um unser verbürgtes Recht auf Selbstbestimmung: Wir können heute bestimmen, wo wir wohnen, wie wir uns kleiden, wen wir treffen, was wir essen, für wen wir arbeiten. Eines bleibt uns allerdings vorenthalten: Ob wir als Junge oder Mädchen geboren werden, das liegt in Gottes Hand. Gegen diese Zumutung probt der Gender-Kult den Aufstand und proklamiert ein Kontingent von fließenden sexuellen Identitäten und Orientierungen. Dabei wird das Geburtsgeschlecht nur noch als vorläufig eingestuft gemäß der gegenderten Exegese von 1. Joh 3,2 da „noch nicht erschienen, was wir sein werden“. Dass die EKD sich für diese ideologische Deformation starkmacht, zeigt, wie recht der Reformator hatte: „Wir sind alle Tage neuer Gnade bedürftig!“.

Ökumene

(idea) Unterschiedliche Positionen der Kirchen in ethischen Fragen belasten das ökumenische Gespräch. Diese Ansicht vertrat der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch, am 9. Januar d.J. beim „Tag der Priester und Diakone“ im Bistum Essen. Differenzen zwischen den Kirchen sieht er vor allem in Fragen der Ehe, Familie und Sexualität „mit den Vorzeichen des Gender-Mainstreaming“. „Wenn die christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zu den großen ethischen Fragen der heutigen Zeit nicht mit einer Stimme sprechen können, wird die christliche Stimme in den säkularisierten Gesellschaften heute immer schwächer.“ Zum Hintergrund: Während in der evangelischen Kirche eine liberale Haltung zur Abtreibung vorherrscht, tritt die katholische Kirche für einen strikten Schutz ungeborener Kinder ein. Kontroverse Positionen bestehen auf beiden Seiten auch beim Thema Homosexualität. Während in fast allen Landeskirchen die Segnung oder Trauung homosexueller Lebensgemeinschaften zugelassen ist, lehnen die katholische Kirche und auch orthodoxe Kirchen eine solche Praxis ab.

Integration von Muslimen

(idea) **Zehn Jahre Islamkonferenz: Es ist Zeit zum Aufwachen**

2006 wollte der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit der Deutschen Islamkonferenz (DIK) den „institutionellen Rahmen für den Dialog zwischen Menschen muslimischen Glaubens und Vertretern aller Ebenen unseres Gemeinwesens“ schaffen. Zehn Jahre sind seitdem vergangen. Aus diesem Anlass ein Kommentar des Islamwissenschaftlers Carsten Polanz. Er ist Dozent für Islamwissenschaft an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) in Gießen sowie Wissenschaftlicher Referent am Institut für Islamfragen der Evangelischen Allianz:

In den vergangenen zehn Jahren ist in der Deutschen Islamkonferenz viel diskutiert und teils heftig gestritten worden. Deutlich wurde der tiefe Graben zwischen den konservativen Dachverbänden auf der einen und der säkular geprägten Alevitischen Gemeinschaft Deutschlands und anderen (nicht organisierten) liberalen Muslimen auf der anderen Seite. Die staatlichen Vertreter treffen sich nur noch mit den großen Verbänden, die höchstens 25% der in Deutschland lebenden Muslime repräsentieren. Die Aleviten erwägen den Austritt aus der Islamkonferenz. Im Fokus stehen derzeit islamische Wohlfahrt und Seelsorge. Drei Schlüsselfragen zum Verhältnis von Religion und Staat bleiben vorerst ungelöst:

1. Wie will der deutsche Staat Erdogans Instrumentalisierung der DITIB-Moscheen begegnen?

Höchst problematisch ist aus integrationspolitischer Sicht, dass der in Deutschland wirkende türkische Moscheeverband DITIB von der AKP-geführten Religionsbehörde in Ankara geleitet und kontrolliert wird. Deshalb werden Freitagspredigten in den mehr als 900 DITIB-Moscheen in Deutschland auch gerne mal für den Wahlkampf genutzt oder – wie zuletzt nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2ß16 – zur Verbreitung von AKP-Propaganda gegen Anhänger der Gülen-Bewegung in Deutschland. Innenminister de Maizière hat politische „Einflussnahme aus dem Ausland auf Deutschland unter Berufung auf die Religion“ beim Festakt anlässlich des zehnjährigen Bestehens zwar als inakzeptabel bezeichnet. Doch ist fraglich, ob der Bund – wie derzeit manche Länder – Konsequenzen zieht (z. B. durch Entzug von Mitspracherechten), wenn DITIB weiterhin als verlängerter Arm des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan fungiert.

2. Islamische Theologie und Religionsunterricht: Geht es um eine Europäisierung des Islams oder um eine Islamisierung Europas?

Mit der Etablierung islamtheologischer Fakultäten und der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts will der Staat jungen Muslimen eine transparente Alternative zum Koranschulunterricht in den Hinterhofmoscheen bieten. Aber mit wem will und kann er dieses Ziel erreichen? Führende Verbandsfunktionäre und Mitglieder in den neu geschaffenen Beiräten (z. B. in NRW) wie Burhan Kesici, der Vorsitzende des Islamrats, oder Eva-Maria el-Shabassy, Leiterin des gemeinsamen Komitees der Verbände für den islamischen Religionsunterricht, stehen islamistischen Ideen und Netzwerken nahe. Sie verfolgen eine Strategie der schrittweisen Durchsetzung von Scharia-Normen in Staat und Gesellschaft und können daher – wie Erdogans AKP – grundlegende Werte eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates (etwa die Freiheit

zur Abwendung vom Islam) allenfalls vorübergehend anerkennen. Wie die Debatte um den liberalen Münsteraner Religionspädagogen Mouhanad Khorchide deutlich gezeigt hat, streben die staatlichen Institutionen eine Europäisierung des Islams an, während sich die Verbände langfristig viel eher eine Islamisierung Europas wünschen.

3. Beschwichtigung gegenüber islamistischer Gewalt oder selbstkritische Ursachenforschung?

Bisher sind die Verbände einer Grundsatzdebatte zu den Ursachen von Extremismus und Gewalt ausgewichen. Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD), Aiman Mazyek, will das Thema Radikalisierung strikt von der Reformdebatte trennen. Innenminister de Maizière sollte daher jüngste Initiativen und Zusammenschlüsse säkularer und liberaler Muslime ernst nehmen und zurück an den Tisch der Islamkonferenz holen. Der in Deradikalisierungsprojekten engagierte Psychologe Ahmad Mansour fordert zu Recht „einen neuen Diskurs jenseits von Opferrolle und Diskriminierungsfurcht“, statt weiter zu beschwichtigen und jede kritische Anfrage mit dem Vorwurf der Islamophobie abzublocken. Offen und ehrlich müssen dabei auch die wunden Punkte islamischer Quellen und die fließenden Übergänge zwischen Mainstream-Islam und islamistischem Gedankengut zur Sprache kommen: Religions- und Meinungsfreiheit, Frauen- und Minderheitenrechte, aber auch Antisemitismus. Diese in den Zentren islamischer Gelehrsamkeit bis heute weitgehend tabuisierte Selbstkritik, die auch vor einzelnen Versen des Korans und dem überlieferten Vorbild Mohammeds nicht haltmachen darf, mag schmerzlich sein, ist aber überfällig. Es ist höchste Zeit aufzuwachen.

(Die Freie Welt) **Impulspapier der Konferenz für Islamfragen**

Die EKD sieht eine Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam neu zu bestimmen. Zu diesem Zweck hat sie ein Impulspapier mit dem Titel »Reformation und Islam« herausgegeben.

Unter Punkt 4 »Eine neue theologische Verhältnisbestimmung zum Islam als Aufgabe« ist in diesem Papier unter anderem zu lesen, dass der Begriff »solo Christus« (Christus allein) "zu allen Zeiten einer neuen Aneignung und Übertragung bedürfen". Die Islamwahrnehmungen Luthers und anderer Reformatoren müssten »aus heutiger Sicht in mancherlei Hinsicht als polemisch, einseitig, schemenhaft und holzschnittartig bezeichnet werden«, so die EKD in diesem Papier. Luthers Aussage stünde damit »in einer deutlichen Spannung zu gegenwärtigen dialogischen Ansätzen, die dem Selbstverständnis und der Eigenständigkeit des muslimischen Glaubenszeugnisses Respekt und Achtung entgegenbringen möchten«, so heißt es in dem Papier weiter.

Die EKD übersieht in ihren Ausführungen völlig den historischen Entstehungszusammenhang der von Luther zusammengefassten fünf Kernpunkte, den sogenannten »sola«. Im Zeitalter der Reformation war der Islam nicht Gegenstand von Fragen der Migration, Integration oder ideologischen Auswüchsen wie terroristischem Islamismus, sondern in Gestalt des Osmanischen Reiches eine konkrete militärische Bedrohung für die christliche Staatenwelt der Frühen Neuzeit.

Luther lebte zu einer Zeit, als die Rückeroberung der iberischen Halbinsel (»Reconquista«) durch christliche Armeen kurz vor seiner Vervollständigung stand, zeitgleich aber die Bedrohung Südosteuropas durch osmanische Truppen mehr als

nur gegenwärtig war. 1453 war Byzanz/Konstantinopel, die ehemalige Hauptstadt des christlichen oströmischen Reichs in die Hände der Osmanen gefallen und geplündert worden. 1529 belagerten osmanische Truppen unter Süleyman I. erstmals Wien.

Unter dem Eindruck dieser militärischen Gefahr eines auf Expansion ausgerichteten Gegners verfasste Luther nicht nur die »Sola« sondern auch zahlreiche andere Schriften, die vor der » Türkengefahr« warnten. Luther war der Ansicht, dass man zurück zum Leben der Christen finden und die Türkengefahr als göttliche Sündenstrafe letztlich noch abwenden könne, wenn man fromm und ausreichend sühnte. Diese Form des geistlichen Krieges durch Buße und Gebet soll die Aufgabe der Kirchenvertreter sein, nicht jedoch gewaltsame Kreuzzüge oder ähnlich weltliche Angelegenheiten.

Das hat er mit seinem »solo Christus« zum Ausdruck gebracht. Die Gottesmänner jener Zeit sollten sich einzig und allein dem Dienst an Christus widmen. Oder, wie er es selbst schrieb: *»Dem Bapst nicht gepuert ein kirchen heer odder Christen heer zu fueren, denn die Kirche sol nicht streiten noch mit dem schwerd fechten.«*

(idea) **Bassam Tibi warnt vor einer verdeckten Islamisierung Europas**

Der muslimische Politikwissenschaftler und gebürtige Syrer Prof. Bassam Tibi warnt vor einer verdeckten Islamisierung Europas. Wie er in der Basler Zeitung schreibt, besteht die Politik der organisierten Islamverbände darin, die Integration der islamischen Zuwanderer zu verhindern. Sie bestünden darauf, dass Muslime Mitglieder eines islamischen „Umma-Kollektivs“ (religiöse Gemeinschaft der Muslime) sind: „Der in Europa in Moschee-Vereinen organisierte Islam pflegt eine antisäkulare und antieuropäische Moschee-Kultur.“ Es sei Fakt, dass der größte Teil der Moscheen in der Schweiz und in Deutschland von Saudi-Arabien und der Türkei finanziert oder kontrolliert werde. Die Imame erzögen in Europa geborene Muslime „im Geiste der Exklusion, bis eine Islamisierung Realität wird“. Ihr Ziel und das der Verbände sei eine Islamisierung Europas – „diesmal jedoch friedlich, also ohne einen Jihad zu führen“.

Die Instrumente der Verbände und ihrer Islam-Funktionäre seien Propaganda, der Vorwurf der Islamfeindlichkeit und der christlich-islamische Dialog. Die Muslime würden als „Opfer des Westens“ dargestellt, und es werde den Europäern eine systematische Islamophobie unterstellt. Man schüchtere die Europäer auf diese Weise ein, um Sonderrechte für die Muslime zu erstreiten. Von muslimischer Seite beruhe ferner der Dialog auf Täuschungen. Ein ehrlicher Dialog erfordere eine „moderne Denkweise, die vom religiösen Pluralismus ausgeht, wonach alle Religionen als gleichwertig gelten und daher miteinander in Frieden leben können“. Einige „Gutmensch-Islamexperten“ behaupteten, den Islam verbinde mit dem Christentum eine historische Ehe, die durch Missverständnisse in eine Missstimmung geraten sei, schreibt Tibi: „Sie predigen als Heilmittel den ‚Dialog’. Doch diese ‚Ehe’-Vorstellung ist nur dem Wunschdenken wohlmeinender deutscher Kulturprotestanten geschuldet.“ Um einen ehrlichen Dialog zu führen, müssten sich die Gesprächspartner vorurteilsfreies theologisches und historisches Wissen über den anderen aneignen. Ehrlichkeit gebe es nur, wenn man ohne Tabus miteinander reden könne. Die Grundlage müsse die Akzeptanz

der Gleichberechtigung der Religionen sein. Tibi: „Weder Islamisten noch schriftgläubige Muslime und erst recht nicht Islam-Funktionäre erfüllen die Bedingungen.“

(idea) **Deutschlandweit Übergriffe auf christliche Flüchtlinge**
Bei Übergriffen auf Christen in deutschen Flüchtlingsunterkünften handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um eine bundesweite Erscheinung. Das ist das Ergebnis einer neuen, erweiterten Studie, die das christliche Hilfswerk Open Doors gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen im Oktober 2016 vorgestellt hat. Sie trägt den Titel „Mangelnder Schutz religiöser Minderheiten in Deutschland“ und dokumentiert 743 religiös motivierte Übergriffe auf christliche Flüchtlinge in Deutschland. Danach erlitten 91% der Betroffenen Verfolgung durch Mitflüchtlinge und 28% durch das Wachpersonal. Mehr als jeder zweite Befragte (56%) beklagte körperliche Gewalt. 42% bekamen bereits Morddrohungen, und 6% haben sexuelle Übergriffe erlebt. Nur in jedem sechsten Fall (17%) wurden die Übergriffe bei der Polizei angezeigt. Auf die Frage, in wie vielen Fällen Anzeigen etwas bewirkt hätten, sagten 26% „immer“, 21% „manchmal“ und 52% „nie“. Der größte Teil der befragten Flüchtlinge stammt aus dem Iran (41%), gefolgt von Syrien (35%), Afghanistan (8%) und dem Irak (5%).
Die „Political Correctness“ endlich hintenanstellen
Nach Worten des Leiters von Open Doors, Markus Rode, zeigen die Zahlen, dass die Lage in deutschen Asylunterkünften „unfassbar dramatisch“ ist: „Wir haben in Deutschland eine Situation, die dieses Landes nicht würdig ist. Und wir sprechen nach wie vor nur von der Spitze des Eisbergs.“ Man gehe von einer enormen Dunkelziffer an Fällen aus, die nicht dokumentiert seien, so Rode. Man fordere Bundeskanzlerin Angela Merkel daher auf, das Thema der Verfolgung und Diskriminierung christlicher Flüchtlinge „zur Chefsache“ zu machen. Rode: „Wir sollten die Political Correctness endlich hintenanstellen und den Opferschutz nach vorn rücken.“
Rode betonte, dass die Erhebung nicht politisch motiviert sei: „Wir möchten auf keinen Fall schwarz-weiß malen und einen Generalverdacht gegen Muslime erheben.“ Doch wer Gewalt gegen christliche Asylbewerber verschweige, mache sich mitschuldig. Im Mai 2016 hatte Open Doors bereits eine erste Studie vorgestellt. Damals hatte das Werk 231 Fälle von Gewalt gegen Christen in deutschen Unterkünften dokumentiert. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung warf dem Werk daraufhin vor, bei den Zahlen übertrieben und Einzelfälle verallgemeinert zu haben. Rode: „Um die Vorwürfe und Zweifel zu entkräften, haben wir die Erhebung erweitert.“ Er beklagte zudem, dass christliche Konvertiten unter den Asylbewerbern seit geraumer Zeit in Schnellverfahren abgeschoben werden. Dabei handele es sich um eine „dramatische Situation, die dringend gestoppt werden muss“.

(idea) **Deutschland muss zwischen Flüchtlingen und Zuwanderern unterscheiden**
Kritik an der Asylpolitik in Deutschland hat der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Hans-Jürgen Papier geübt, bei einer Tagung der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen und des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes vom 24. bis 25. 11. 2016 in Erfurt. Es müsse zwischen Personen, die sich unberechtigt im Land aufhalten, Flüchtlingen und legal einwandernden Menschen unterschieden werden. Sonst werde man bei der Integration „Schiffbruch erleiden“, sagte Papier. Wie viel Zuwanderung das Land „verträgt, benötigt oder

hinzunehmen bereit ist“, sei eine Grundsatzentscheidung, die der Deutsche Bundestag treffen müsse. Die Vermischung von Asylgewährung und Einwanderung könne zu gravierenden Fehlern in der Integrationspolitik führen. Papier: „Von Menschen, die legal in dieses Land einwandern, kann und muss eine hohe Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit erwartet und verlangt werden.“ Hingegen werde Flüchtlingen vorübergehender Schutz vor Verfolgung gewährt, solange wie die Fluchtgründe in ihrer Heimat andauerten. Danach müssten sie in ihr Land zurückkehren. Integrationsbereitschaft könne in diesem Fall nicht in gleicher Weise erwartet werden. Zugleich forderte Papier dazu auf, das Missfallen an politischen Fehlsteuerungen nicht an Menschen aus fremden Kulturkreisen auszulassen. Ihnen dürfe man nicht mit Hass oder Feindschaft begegnen. Papier: „Wir schulden ihnen ausnahmslos eine Behandlung nach den bewährten Regeln unserer Rechts- und Sozialstaatlichkeit.“ Papier zufolge ist die Harmonie zwischen einem christlich geprägten Staat und einer christlich geprägten Gesellschaft „endgültig beendet“. Grund dafür sei der weitgehende Verlust an „volkskirchlicher Substanz“ und der auf unter 60% der Bevölkerung gesunkene Anteil der Kirchenmitglieder.

Aufgelesen

(idea) **Zwei Drittel der Deutschen: Kirchensteuer abschaffen!**

Zwei Drittel der Deutschen (65,3%) sind für die Abschaffung der Kirchensteuer. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA-CONSULERE. Nur 16% sind für eine Beibehaltung. Fast jeder Fünfte (18,7%) antwortete mit „weiß nicht“ oder machte keine Angaben. Der Anteil der Katholiken (64,9%), die für die Streichung der Kirchensteuer plädieren, ist etwas größer als bei landeskirchlichen Protestanten (59,6%). Bei freikirchlichen Christen sind weniger als die Hälfte (48%) für einen solchen Schritt. Sie müssen allerdings auch keine Kirchensteuer entrichten. Sie zahlen stattdessen einen freiwilligen Beitrag an ihre Gemeinde. In der Regel sind es zehn Prozent des Einkommens. Von den Konfessionslosen wollen fast drei Viertel (72,1%), dass der Staat nicht länger die Kirchensteuer im Auftrag der Kirchen einzieht. Trotz sinkender Mitgliederzahlen wachsen die Kirchensteuereinnahmen aufgrund der guten Konjunktur: Sie beliefen sich im vergangenen Jahr auf rund 11,5 Milliarden Euro.

Markus Hollemann verklagt Süddeutsche Zeitung

Der seit 2009 direkt gewählte Bürgermeister der 14.000-Einwohner-Stadt Denzlingen, Markus Hollemann (Ökologisch-Demokratische Partei/ÖDP), hat die Süddeutsche Zeitung (SZ) wegen Verleumdung verklagt. Sein Anwalt reichte die Klage beim Landgericht Köln ein. Die SZ hatte im Januar 2016. am Tag vor seiner geplanten Wahl zum Leiter des Referates für Gesundheit und Umwelt Münchens kolportiert, dass Hollemann mit „radikalen Abtreibungsgegnern und christlichen Rechtsradikalen“ sympathisiere, und verwies dazu auf seine Mitgliedschaft bei der christlichen „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA). Die Opposition im Münchner Stadtrat sowie Teile der SPD-Fraktion und zahlreiche Medien forderten die CSU auf, den von ihr nominierten Kandidaten zurückzuziehen. Dies veranlasste den 43-Jährigen seine Bewerbung zurück zuziehen (s. InfoBrief 2/2016).

Hollemann entschied sich zu diesem Schritt, nachdem die SZ ihm trotz schriftlicher Bitten „nicht einen Zentimeter“ entgegengekommen sei. Ein Aufforderungsschreiben zu einer außergerichtlichen Einigung habe sie ignoriert. Idea gegenüber erklärte er, dass er mit seiner Klage für das Recht auf Meinungsfreiheit kämpfe. Jemanden als „rechtsradikal“ zu bezeichnen, ist seiner Ansicht nach eine unzulässige „Schmähkritik“, besonders wenn es keine Tatsachengrundlage dafür gebe. Er habe sich nie rechtsradikal betätigt oder geäußert. Er sei vielmehr Christ und privat passives Mitglied bei einer gemeinnützigen und anerkannten Organisation, die sich für den Lebensschutz einsetze. vB

(idea) **Renommierter Kirchenrestaurator tritt aus Kirche aus**

Einer der renommiertesten Restauratoren von Kirchen und Baudenkmalen in Deutschland, Prof. Wulf Bennert ist aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Der 74-Jährige begründete seinen Schritt mit dem linkslastigen und islamfreundlichen Kurs der Kirche. Seiner Entscheidung sei ein „schmerzhaftes“ Ringen vorausgegangen, schreibt er in einem Brief an die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann. Schließlich sei die evangelische Kirche ein wesentlicher Inhalt seines Lebens gewesen. So habe er sich bereits zu DDR-Zeiten als Synodaler in der thüringischen Landeskirche engagiert und sei Vorsitzender eines Gemeindekirchrates gewesen. Zudem habe er in den vergangenen drei Jahrzehnten mehrere Hundert Kirchengebäude in ganz Deutschland restauriert.

Vorgehen der EKD erinnert an „Gesinnungsschnüffelei des DDR-Regimes“

Anlass für den Kirchenaustritt seien Beschlüsse der jüngsten EKD-Synode in Magdeburg gewesen. So habe die Synode den Rat der EKD unter anderem darum gebeten, die politischen Ansichten in Kirchengemeinden überprüfen zu lassen, um so Antisemitismus, Homophobie und Islamfeindlichkeit auf die Spur zu kommen. Bennert: „Es ist für mich nicht hinnehmbar, dass Kirchensteuern dazu verwendet wurden – und in Zukunft noch umfangreicher verwendet werden sollen –, um die politischen Einstellungen der Gemeindeglieder systematisch zu untersuchen.“ Das erinnere ihn „in fataler Weise an die Gesinnungsschnüffelei des DDR-Regimes“. Mit ihrem Motto „Klare Kante gegen rechts“ und ihrer einseitigen Verurteilung der AfD verbreitere die EKD zudem den tiefen Graben, der sich inzwischen durch Deutschland ziehe.

Kirche soll sich nicht wie eine Partei gebärden

Ein weiterer Grund für seinen Kirchenaustritt sei die Entscheidung des EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, während seiner Israel-Reise im Oktober gewesen, das Kreuz beim Besuch des Tempelbergs und der Klagemauer abzulegen, so Bennert. Er wolle kein Mitglied einer Kirche sein, „deren höchster Repräsentant ohne Not das zweitausendjährige, die gesamte Christenheit einigende Symbol des Kreuzes verleugnet“. Er gebe aber die Hoffnung nicht auf, dass sich die evangelische Kirche irgendwann nicht mehr wie eine politische Partei gebärde, sondern sich wieder auf die Verkündigung des Evangeliums konzentriere. Dann wolle er gern wieder eintreten, so Bennert.

Lieberknecht: Dieser Austritt trifft die Kirche ins Mark

Verständnis für Bennerts Entscheidung äußerte die frühere Ministerpräsidentin von Thüringen, Christine Lieberknecht (CDU), gegenüber idea. Die Pastorin kennt ihn seit

über 30 Jahren. Die Politikerin mahnte die Kirche, sich ernsthaft mit den von Bennert vorgebrachten Beschwernissen auseinanderzusetzen: „Wenn sich ein so engagierter und zu allen Zeiten kritisch fragender Christ an Praktiken der DDR-Führung erinnert fühlt, dann muss das für die Kirche Anlass zu kritischer Selbstreflexion sein. Denn solche Austritte treffen sie ins Mark.“ Derartige Entscheidungen seien Ergebnis eines aufseiten der EKD fragwürdigen theologischen Verständnisses davon, was Aufgabe von Kirche sei, sowie ihres „traurigen seelsorgerlichen Versagens“.

(idea) **Anteil der Christen auf drei Prozent geschrumpft**
Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat dazu aufgerufen, an die bedrängten Christen im Nahen Osten zu denken. Sie flüchteten aus der „Wiege der Christenheit“ vor anhaltender Gewalt. Die 2.000-jährige Geschichte der Christen drohe für immer zu Ende zu gehen, warnte der Nahostreferent der Organisation, Kamal Sido. „Vor 100 Jahren stellten die Christen noch 20% der Gesamtbevölkerung im Nahen Osten, heute sind es kaum noch 3%.“ Im Irak sei die große Mehrheit der Christen innerhalb der vergangenen drei Jahrzehnte vertrieben worden oder geflohen. Ihre Zahl sei von 1,5 Millionen auf höchstens noch 300.000 geschrumpft. In Zentralsyrien bedrohe die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) viele mehrheitlich christliche Ortschaften wie Qaryatain und Maalula. Und auch die wenigen Christen in der Türkei gerieten durch das Wiederaufflammen des Kurdenkonflikts und rigide Maßnahmen des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan zunehmend in Bedrängnis. Die einzige christliche Oberbürgermeisterin der Türkei, Februniye Akyol, wurde im November in Mardin des Amtes enthoben. Laut Sido brauchen Christen und andere religiöse Minderheiten im Nahen Osten eine staatlich garantierte und gesellschaftlich unterstützte Glaubensfreiheit, „sonst können sie dort kaum überleben“.

Ein Wort zu den Gravamina in unserer Kirche:
Gemäß dem „sola scriptura“ ist die Bindung der Verkündigung an die Heilige Schrift ein wichtiges Anliegen der Reformatoren. In den Schmalkaldischen Artikeln schreibt Luther: Es ist „fest darauf zu bleiben, daß Gott niemandem seinen Geist oder seine Gnade gibt ohne durch oder mit dem vorher ergehenden äußeren Wort. Damit hüten wir uns vor den Enthusiasten, d.h. vor jenen Geistern, die sich rühmen, ohne und vor dem Wort den Geist zu haben, und danach die Schrift oder mündliches Wort zu richten, deuten und nach Gefallen zurechtbiegen.“ vB

Netzwerk Bibel und Bekenntnis

Der Theologe und frühere proChrist-Hauptredner Pfr. Ulrich Parzany initiierte zusammen mit namhaften Persönlichkeiten das „Netzwerk Bibel und Bekenntnis“, das die gleiche Sorge um den Weg unserer Kirche umtreibt, die auch Grund für die Gründung der LGM und später des ABC war und nach wie vor ist. Es ist ein interessanter Versuch, Gemeindeglieder und Organisationen miteinander zu vernetzen, die Bibel und Bekenntnis auch gegen kirchlichen Pluralismus und postmoderne Ideologie treu bleiben wollen.
Die Initiatoren des Netzwerkes halten in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen folgende Konkretion für nötig:

- „Wir bekennen uns zur göttlichen Inspiration der Heiligen Schrift, ihrer völligen Zuverlässigkeit und höchsten Autorität in allen Fragen des Glaubens und der Lebensführung“. (Glaubensbasis der Evangelischen Allianz)
- Wir stehen dafür ein, dass die rettende Botschaft von Jesus Christus allen Menschen gilt, den Juden zuerst. (Römer 1,16)
- Wir widersprechen der falschen Lehre, es gäbe auch andere Wege zum Heil.
- Wir widersprechen der falschen Lehre, dass Menschen durch die Taufe ohne den Glauben an Jesus Christus gerettet werden. (Markus 16,16)
- Wir stehen dazu, dass gemäß der Offenbarung Gottes der Mensch zum Ebenbild Gottes geschaffen wurde und dass die Polarität und Gemeinschaft von Mann und Frau zu dieser Ebenbildlichkeit gehört, wie Jesus Christus es ausdrücklich bestätigt hat. (1.Mose 1,26-28; Matthäus 19,4-6)
- Wir widersprechen der falschen Lehre, gleichgeschlechtliche Beziehungen entsprächen dem Willen Gottes und dürften von den Kirchen gesegnet werden.

Wir sind uns einig, dass im Gegensatz zum postmodernen Denken das Bekenntnis zu Jesus Christus und der Lehre der Apostel mit logischer und theologischer Notwendigkeit die Verwerfung falscher Lehren einschließt. So widersprechen wir Ansichten wie zum Beispiel:

- Es sei dem Anliegen einer geistlichen Erneuerung der Kirche nicht zuträglich, wenn Missstände offen kritisiert werden. Ein „Ruf zur Mitte“ dürfe nicht ergänzt werden durch die Verwerfung von Irrlehre.
- Weil Jesus ein „Liebhaber“ und kein „Rechthaber“ gewesen sei, dürfe es auch keinen offenen, energischen Streit um die Wahrheit geben, wie er aber bei Jesus, bei den Aposteln, bei den Reformatoren und den Vätern der Barmer Erklärung stattfand.

Weitere Informationen zu diesem Netzwerk unter www.bibelundbekenntnis.de/ vB

Literaturhinweis

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.
Das Nachrichtenmagazin ***ideaSpektrum*** erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. ***ideaSpektrum*** wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):
€ 9,95 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)
€ 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)
€ 10,95 im AboPlus (Heft und digitales Ausgabe)
Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können ***ideaSpektrum kostenlos*** jetzt ***drei Wochen*** gratis testen.
Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:
(0 64 41) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München

Wir danken den Spendern, die die Herausgabe dieses Informationsbriefes wieder ermöglicht haben. Da wir keinerlei Zuschüsse erhalten, sind wir **auf Ihre Spenden angewiesen.**

Wir danken für die Zuschriften, die wir sorgsam bedenken. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht alle individuell beantworten können, da wir ehrenamtlich arbeiten und über kein Büro verfügen.

Zum Nachdenken

Gott, gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann,
den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann,
und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Reinhold Niebuhr

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben.
ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de

Druck: IRIS Buch- und Offsetdruck Karl Singer e. K., Zugspitzstr. 14, 81541 München

Herstellung und Versand der InfoBriefe kosten viel Geld, das durch Spenden aufgebracht wird. **Wir bitten und hoffen, dass viele Freunde mit Spenden die Herausgabe des InfoBriefes auch weiterhin ermöglichen.**
Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.
Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1,
IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden